

„Es ist die letzte Chance, in Frieden zu leben“

(Interview mit Präsident Santos

EL ESPECTADOR, 19.10.2014)

Zwei Jahre nach Beginn der Friedensgespräche mit der FARC in Havanna zieht Präsident Santos eine persönliche Bilanz. Er ist Optimist, obwohl er zugibt, dass man viele Opfer bringen und man den Fortgang der Gespräche beschleunigen muss, und er verlangt von der Guerrilla Zeichen guten Willens. Er warnt, es stehe noch eine harte und schwierige Diskussion bevor, in der die FARC konkrete Verpflichtungen eingehen müsse im Verhältnis zu ihren Opfern, zu ihren Waffen und zu ihren Mitgliedern.

Außerdem sagte er, Kritik sei willkommen, forderte seine Gegner aber auf, beim Aufbau zu helfen statt zu zerstören und er bat die internationale Gemeinschaft, weiter den Prozess zu fördern und damit zu beginnen, Linien der Zusammenarbeit vorzubereiten für die Umsetzung der Vereinbarungen.

Frage:

Welches ist der wichtigste Erfolg und welches der wichtigste Fehler der Exekutive hinsichtlich der Art und Weise, in der man den Prozess betrieben hat?

Antwort:

Ich glaube, der wichtigste Erfolg liegt darin, erkannt zu haben, wie es in der Bibel heißt, dass es eine Zeit für den Krieg und eine Zeit für den Frieden gibt. Und jetzt ist die Zeit für den Frieden. Im Einzelnen glaube ich, dass wir erreicht haben, in allem, was wir unternommen haben, klar und methodisch vorgegangen zu sein. Wir haben keinen Schritt gemacht, ohne bereits den folgenden vorzubereiten, und das braucht seine Zeit. Heute besteht die Herausforderung darin, den Kolumbianern besser zu erklären, worum es in diesem Prozess geht. Nämlich, dass wir alle viele Opfer bringen werden müssen, aber dafür zum ersten Mal im Leben eine reale, vielleicht die letzte, Möglichkeit haben werden, in einem friedlichen Land zu leben.

F:

Was fordern Sie von der FARC und was erkennen Sie ihr an, wenn Sie über die zwei Jahre Bilanz ziehen?

A.

Ich erkenne an, dass sie am Verhandlungstisch ernsthaft gearbeitet hat, in Verhandlungen von enormer Komplexität. Vergessen wir nicht, dass die Vereinbarungen, die solide sind und die zu großen Veränderungen zum Wohl des Landes führen werden, von beiden Seiten gemeinsam erarbeitet wurden. Ich bemängele an der FARC, dass sie mit ihren fortwährenden Verlautbarungen nichts als Verwirrung hervorgerufen hat. Und ich bemängele, dass sie nicht genügend Zeichen an die Menschen gegeben hat bezüglich ihrer Verpflichtung zum Frieden.

F:

Was hat Sie an der Gegenseite überrascht? Haben Sie eine Guerrilla erwartet, die einen anderen Diskurs pflegt als den gezeigten?

A:

Wie ich schon sagte, hat mich die Seriosität überrascht, mit der sie gearbeitet hat und wie sie ihre Positionen an die heutige Realität angepasst hat. Bedenken Sie, wo sie im Jahr 2000 stand und wo sie heute steht.

F:

In welchem Moment der Verhandlungen waren Sie bereit, eine beiderseitige Feuereinstellung zu akzeptieren?

A:

Wie ich schon öfter sagte, wird es einen beiderseitigen definitiven Waffenstillstand geben, sobald wir eine Schlussvereinbarung erreicht haben werden. In der Zwischenzeit ist es unpassend, uns in die Komplexität einer Feuereinstellung zu begeben, sondern es bedarf konkreter Gesten, die den einfachen Kolumbianern das Gefühl vermitteln, dass es vorwärts geht.

F:

Ihre Minister und auch Sie selbst haben gesagt, es sei notwendig, schon jetzt eine Politik für die Zeit nach dem Konflikt zu betreiben. Ist es möglich, eine solche Anstrengung mitten im Krieg zu unternehmen?

A:

Eine Sache ist die Vorbereitung der Nachkonfliktzeit sowie die Umsetzung der Vereinbarungen, dabei sind wir bereits. Etwas ganz anderes ist es, das zur Realität werden zu lassen und dafür müssen wir zuerst einmal den Krieg beenden. Zum Beispiel ist es unmöglich, ein Programm der alternativen Entwicklung mit Bürgerbeteiligung in Gang zu setzen, wie es vereinbart wurde und durch das wir auch ein für alle Mal das Problem der Cocafelder lösen werden, solange der Konflikt tobt. Unterdessen setzt die Regierung ihre soziale Politik und die ländliche Entwicklung fort, was dem Aufbau einer Friedensordnung dient.

F:

Viele sagen, der Staat habe bei den ersten drei Punkten, über die Einigung erzielt wurde, Zugeständnisse gemacht. Welche Zugeständnisse wird es bei der Opferfrage und der Übergangsjustiz seitens der FARC geben?

A:

Die Frage ergibt Sinn. Aber man sollte nicht vergessen, dass es Aufgabe der Regierung ist, diese Pläne und Programme umzusetzen, und dass sie daher in diesen Punkten Verantwortung übernehmen muss. Die FARC ist bereits sehr wichtige Verpflichtungen eingegangen, z.B. ihre Verbindung zum Drogengeschäft abubrechen und sich konkret an der Problemlösung zu beteiligen, darunter an der Minenbeseitigung. Ich erwarte, dass eine harte und schwierige Diskussion noch vor uns liegt, denn die FARC muss einige sehr konkrete Verpflichtungen eingehen im Verhältnis zu ihren Opfern, ihren Waffen und ihren Mitgliedern. Ohne das wird es kein Ende des Konflikts geben, geschweige denn Frieden.

F:

Sie haben gesagt, das Verhandeln mitten im Krieg habe Ihnen politische Kosten eingetragen. Welche? Wozu fordern Sie Ihre Verleumder auf?

A:

Die politischen Kosten übernehme ich. Diese Verhandlungen unterscheiden sich von früher geführten, bei denen wir uns nicht auf das Wesentliche konzentriert haben, während wir jetzt schon konkrete Vereinbarungen geschlossen haben. Meine Gegner fordere ich auf, die Regierungsdelegation in Havanna in Ruhe arbeiten zu lassen, die eine hervorragende Arbeit leistet. Und ich sage zu ihnen: Alle Kritik ist willkommen, aber widmen wir uns dem Aufbau, nicht der Zerstörung.

F:

Es ist klar, dass die internationale Gemeinschaft eine Schlüsselrolle einnimmt bei der Finanzierung und der Kontrolle der Einhaltung der Abmachungen. Was ist erforderlich, damit diese Bereitschaft zur Hilfe konkret wird?

A:

Die Frage ist doch: Was kann die internationale Gemeinschaft schon jetzt tun? Und das sind drei Dinge: Zuerst muss sie dem Prozess den erforderlichen politischen Rückhalt geben, der bis jetzt total ist. Zweitens sollte sie bereits jetzt die notwendigen Linien der Zusammenarbeit entwerfen für die Umsetzung der Vereinbarungen, womit jetzt begonnen wird. Und drittens sollte sie sich vorbereiten auf die Begleitung des Prozesses der Entwaffnung, der Demobilisierung und generell der Entwicklung des Friedens.

F:

Analysten sagen, die bereits erreichten Abkommen enthielten Politiken, die der Staat schon vor längerer Zeit hätte verfolgen müssen, unabhängig von den Verhandlungen mit der Guerrilla. Warum, glauben Sie, hat man dies nicht verfolgt?

A:

Dazu kann ich sagen, dass es sich dabei um den Prozess der Veränderung der Lebensverhältnisse der Menschen in den verschiedenen Regionen handelt und nicht darum, mehr Gesetze zu erlassen und Politiken zu entwerfen, die dann in der Schublade landen. Der Frieden bietet die Chance, in 10 Jahren zu schaffen, was wir in 50 Jahren nicht geschafft haben.

F:

Ist die Regierung bereit, ihre Politik der Behandlung der Opfer zu ändern, wenn Entsprechendes in Havanna unterschrieben werden sollte, wird man also das Gesetz Nr.1448 modifizieren? Oder muss die FARC klarere Verantwortung übernehmen?

A:

Das Gesetz Nr.1448 setzen wir mit der gleichen Entschlossenheit weiter um, mit der wir es erlassen haben. Es ist eine Verpflichtung meiner Regierung und des Parlaments gegenüber den Opfern. Aber natürlich ist das Gesetz geeignet, ergänzt und verbessert zu werden, wenn Friedensbedingungen herrschen. Und wie ich schon sagte, muss die FARC konkrete Verpflichtungen gegenüber ihren Opfern übernehmen.

F:

Sie sagen, bezüglich des ELN werde man weiter Vertraulichkeit wahren. Aber es gibt viele Mutmaßungen. Was fehlt noch, damit das Dokument, das wenige Tage vor der Wahl bekannt wurde, in eine Verhandlungsagenda umgewandelt wird?

A:

Wie ich bereits sagte, befinden wir uns mit dem ELN in einer Phase der Sondierung. Lassen Sie uns noch weiter sondieren!